

Redeauszug

Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

d) Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Thema:

"Auswirkungen des Ergebnisses der Hartz-IV-Verhandlungen auf Thüringer Bürgerinnen und Bürger sowie Kommunen"

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen die Auswirkungen der Hartz-IV-Verhandlungen auf Thüringer Bürgerinnen und Bürger in den Kommunen hier mit Ihnen diskutieren. Eigentlich sollte man denken, dass seit dem Sonntag eine Einigung endlich geschaffen wurde, aber wir mussten aus den Medien entnehmen, da Frau von der Leyen offensichtlich kein ordentliches Mandat hatte, dass man jetzt noch einmal nachverhandeln musste. Zum Glück ist diese Verhandlung nun endlich heute 13.00 Uhr beendet worden.

Es ist schon ziemlich bedeutend mitzuerleben, wie die Dagegen-CDU die Blockade aufrechterhält, um einfach dieses Vermittlungsverfahren nicht durchkommen zu lassen.

Was ist das Ergebnis aus dieser politischen Debatte? Es bleibt dabei: Wir haben ein verfassungsrechtlich außerordentlich zweifelhafte Festsetzung auf 5 € hier erhalten. Die CDU und die FDP haben die SPD mit ihrem wichtigsten Anspruch, hier eine verfassungsrechtlich saubere Lösung zu finden, einfach stehen lassen.

Ich will es den Sozialdemokraten auch gleich sagen: Ihr Argument, dass Sie die 3 € mit dazu geholt haben, das stimmt überhaupt nicht. Diese 3 € sind ganz klar der Inflationsausgleich, der schon viel zu lange den Menschen zusteht. Es ist eigentlich peinlich, dass sie den noch nicht bekommen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ursula von der Leyen hatte Erfolg dabei, weiterhin ein intransparentes Verfahren, kaum Abstimmung mit den beteiligten Verbänden, hier durchzusetzen und darin den Wert von 5 € einfach festzusetzen. Die SPD mutet es den

Menschen im Land zu, und sagt , Ja, 'Wir werden zwar zustimmen, weil wir die Tollen sind, die dann an der Verhandlung weiter teilgenommen haben und etwas erreicht haben - wobei mir das Ergebnis nicht wirklich klar wird -, und bitte ihr im Land, klagt doch bitte beim Verfassungsgericht. Ich finde, das ist eine politische Schwäche, die nicht hinzunehmen ist.

Diese politische Kraftlosigkeit werden Sie auch nicht fortbekommen, wenn sie noch mehr Alsterwasser und Hamburger zu sich nehmen. Mit uns war dies nicht weiter zu machen, diesen schwarz-gelben Ideologen wollten wir in der Debatte nicht klein begeben.

Zweites Ergebnis dieses Vermittlungsverfahrens war das Bildungspaket. Das war uns GRÜNEN sehr wichtig gewesen. Endlich können wir Kommunen unterstützen beim Schulessen - von der CDU regelmäßig abgelehnt -, warmes Mittagessen für Bedürftige auszugeben in den Schulspeisungen, wir können Nachhilfe finanzieren und wir können Beteiligung in Sportverbänden, die so dringend wichtige Bewegung, hier möglich machen.

Das Wichtigste war uns dabei, dass die Kommunen über diesen Topf verfügen können und nicht so, wie es die Frau von der Leyen vorhatte, das über die Bundesagentur für Arbeit machen zu wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rot und Grün haben es im Vermittlungsausschuss erreicht, dass viel Geld in Richtung Ostdeutschland hier an dieser Stelle fließen wird, und das ist übrigens gut so. Die Dagegen-CDU soll sich heute nicht rühmen in der Presse. Herr Mohring sagt, 38 Mio. € hätte man hier für Thüringen nutzbar gemacht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nicht Ihr Ziel gewesen. Das mussten wir Ihnen abtrotzen.

Ich will noch eines sagen bezogen auf das Bildungspaket. Heute Abend beim Handwerk, liebe CDU, da wird Herr Mohring wieder sagen, wir haben so eine schlechte Ausbildungssituation, weil uns die SPD zu einer schlimmen Schulpolitik zwingt in den letzten Jahren. Ich sage Ihnen, das Humankapital, das Sie dringend brauchen, das steht auf der Straße bereit, wir müssen es nur fruchtbar machen und endlich darin investieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Mindestlohn - die FDP hat lange bestritten, dass der Mindestlohn hier überhaupt irgendetwas damit zu tun hat.

Die FDP musste allerdings im Vermittlungsverfahren dann klein begeben und feststellen, dass dieser Mindestlohn außerordentlich wichtig ist, weil nämlich das Lohnabstandsgebot, das von Ihnen propagiert wird, überhaupt keinen Sinn macht, wenn man keinen Mindestlohn hat. Ein Lohnabstandsgebot ohne Mindestlohn ist eine Abwärtsspirale, die wir nicht mitmachen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin froh, dass Sie es jetzt

einfach einsehen mussten und wir ein kleines Stück weiter vorwärtskommen beim Mindestlohn, zumindest in manchen Bereichen. Das haben wir hier erreicht. Warum ist diese Debatte im Thüringer Landtag wichtig? Weil die Bürgerinnen und Bürger natürlich wissen müssen, wer hier welche Position vertritt. Da finde ich es erstaunlich, dass der hier in Thüringen zuständige Minister Machnig während der Debatte in der Verhandlung noch ganz lautstark tönte und forderte, das Wichtigste sind verfassungsrechtlich einwandfreie Regelungen und seit Sonntag hört man nichts von ihm. Ich glaube, es ist ihm peinlich, was da rausgekommen ist. Die CDU, meine sehr verehrten Damen und Herren, läuft durchs Land und tut so, als ob sie den Vermittlungsausschuss bewirkt hat. Sie haben ihn bewirkt, weil sie wieder blockiert hatten.

Angesichts dieser Situation, finde ich, muss eines noch einmal deutlich gesagt werden. Wer sich rühmt, wie das Mike Mohring gemacht hat Anfang der Woche, dass hier etwas Tolles erreicht wurde, der muss dazu auch das Zitat von Herrn Voigt, dem Generalsekretär Ihrer Partei, erklären, der gesagt hat: "Es ist ein Schlag in das Gesicht jedes Steuerzahlers." Ich finde, Herr Voigt sollte sich schämen.